

Jahrgang 74, 2025, Heft 3 – Inhalt

EDITORIAL	273
ONLINE ARCHIV	
<i>Stichworte: Migration, Integration</i>	276
INTERVIEW	
<i>Interview mit Stefan Marschall</i> Der Wahl-O-Mat im Lichte der Bundestagswahl 2025	277
MEINUNG	
<i>Eckhard Jesse</i> Das neue Wahlrecht und die Bundestagswahl 2025. Eine Revision der Revision ist unumgänglich	285
AKTUELLE ANALYSEN	
<i>Lukas Fender</i> „Game’s Gone“? Hyper-Kommerzialisierung der schönsten Nebensache der Welt	295
<i>Thorsten Winkelmann und Nico Ables</i> Nationale Parteienverbote im europäischen Kontext	301
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Thieß Petersen</i> Trumponomics – wirtschaftliche Herausforderungen für Deutschland und Europa	309
FACHAUFSATZ	
<i>Philipp Adorf</i> Der autoritäre Umbau: Donald Trumps zweite Amtszeit und die Erosion der US-Demokratie	319
<i>Hagen Schmitz</i> Politische Bildung nach dem 07. Oktober 2023 – Antisemitismus, Geschichte, Israel	329

Jahrgang 74, 2025, Heft 3 – Inhalt

Nora Storž

Politische Partizipation junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte –
die Bedeutung von politischer Bildung und Diskriminierungserfahrungen 341

Ulrich Brand und Achim Brunnengräber

Progressive NGOs in der Kneifzange aus autoritärer Politik und multiplen Krisen.
Eine historisch-kritische Perspektive auf ein schillerndes Phänomen 354

ESSAY

Reinhard Loske

Was fairen Handel wirklich ausmacht. Trumps „Zollpolitik“ als
Nachhaltigkeitspush für Europa nutzen..... 365

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Christian Fischer

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) braucht Demokratietheorie! 373

Nicola Nagy und Dirk Lange

Politische Selbst-Bildung. Fachdidaktische Überlegungen zur Aktualisierung
der Subjektorientierung..... 386

DAS BESONDERE BUCH

Roland Sturm

Wie funktioniert die EU? Wie sollte sie funktionieren, und welche Rolle spielt das
Recht, vor allem der EuGH? Überlegungen zu Ulrich Haltern „Verschlungene
Staaten. Die paradoxe Mechanik der europäischen Integration.“ 399

REZENSIONEN

Gordon Carmele

Beutel, Wolfgang; Kenner, Steve; Lange, Dirk (Hrsg.): Monitor
Demokratiebildung. Band 1: Demokratiebildung. Eine Orientierung..... 403

Tilman Grammes

Sabine Achour, Matthias Sieberkorb, Detlef Pech, Johanna Zelck,
Philip Eberhard (Hg.) Handbuch Demokratiebildung und Fachdidaktiken,
Bd. 2: Fachperspektiven 404

Autorinnen und Autoren 405

Der Wahl-O-Mat im Lichte der Bundestagswahl 2025

Interview mit Stefan Marschall

GWP: Was ist der Wahl-O-Mat? Was sind seine Stärken und Schwächen? Wer nutzt ihn? Wie und wie oft?

Stefan Marschall: Der Wahl-O-Mat ist ein interaktives Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung, das auf spielerische Weise über die zentralen Themen einer Wahl und die jeweiligen Positionen der Parteien informiert. Anhand von 38 Thesen zeigt er den Nutzenden, mit welchen zur Wahl stehenden Parteien ihre eigenen Ansichten am stärksten übereinstimmen.

Wir, das Team der Wahl-O-Mat-Forschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, begleiten das Tool wissenschaftlich. Ich persönlich mache das schon seit 2003, also fast seit Beginn der Wahl-O-Mat-Geschichte im Jahr 2002.

Als Team der Wahl-Mat-Forschung sind wir an der Entwicklung der Thesen mitbeteiligt. Wir bereiten die Workshops der Redaktion vor, nehmen an diesen teil und übernehmen im Prozess bestimmte Aufgaben der Qualitätssicherung. Zudem führen wir regelmäßige Befragungen der Nutzenden durch, unmittelbar nachdem sie das Tool gespielt haben. Zusätzlich betreiben wir noch Forschung zum Wahl-O-Mat mit Hilfe von anderen Datenquellen und sind Teil eines internationalen Netzwerks, das sich mit diesen Online-Wahlhilfen, die wir Voting Advice Applications nennen, weltweit wissenschaftlich beschäftigt.

Daher haben wir ein ziemlich gutes Bild davon, wer den Wahl-O-Mat nutzt und wie sich die Nutzerschaft über die Jahre hinweg entwickelt hat. Zunächst sehen wir, dass sich der Wahl-O-Mat bei Bundestagswahlen immer noch steigender Beliebtheit erfreut. Beim ersten Einsatz 2002 waren es 3,6 Millionen Nutzungen, die der Wahl-O-Mat verzeichnen konnte. Nach kontinuierlicher Steigerung ist die Zahl bei der Bundestagswahl 2025 mit 25,9 Millionen Nutzungen auf einem – vielleicht nur vorläufigen – Höchstwert angekommen. Das heißt, dass dieses Tool in den nur



Prof. Dr. Stefan Marschall

Professor für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit dem Schwerpunkt „Politisches System Deutschlands“

Das neue Wahlrecht und die Bundestagswahl 2025

Eine Revision der Revision ist unumgänglich

Eckhard Jesse

1. Einleitung

Was haben Sebastian Brehm (CSU-Mitglied, Bayern), Steffi Burmeister (AfD-Mitglied, Mecklenburg-Vorpommern), Stefan Glaser (CDU-Mitglied, Baden-Württemberg) und Ulrike Hiller (SPD-Mitglied, Bremen) gemeinsam? Sie gehören zu den 23 Personen, die in ihrem Bundestagswahlkreis die relative Mehrheit erreichten – und sie sind doch nicht im Parlament repräsentiert. Wie konnte das geschehen? Wie lässt sich Abhilfe schaffen? Diese Fragen gilt es zu beantworten.

Der Streit um das hiesige Wahlrecht mitsamt vieler Reformen und Reformvorschläge ist so alt wie die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Dehmel 2020). In den ersten zwei Jahrzehnten kreiste die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der Mehrheitswahl nach britischem Muster und jenen der Verhältniswahl. Diese Schlacht ist längst zugunsten der Befürworter der Verhältniswahl geschlagen. Eingangs zeichnet der Beitrag die notwendig gewordene Wahlgesetzänderung von 2023 nach. Die Opposition klagte dagegen beim Bundesverfassungsgericht. Es schließt sich eine Erläuterung und Kritik des Urteils an. Die Folgen des Gesetzes verdeutlichte der Ausgang der Bundestagswahl 2025 – es gab, wie erwähnt, Wahlkreissieger, die nicht im Parlament Platz nehmen durften. Die neue Regierung will nun das Wahlverfahren ändern, so der Koalitionsvertrag. Abschließend präsentiert der Verfasser Vorschläge für ein neues Wahlverfahren.



Prof. i.R. Dr. Eckhard Jesse
TU Chemnitz im Fach Politikwissenschaft

„Game’s Gone“? Hyper-Kommerzialisierung der schönsten Nebensache der Welt

Lukas Fender

Am 15. Juni 2025 beginnt die FIFA Klub-WM in den USA. Unter 32 Vereinsmannschaften aus aller Welt werden dann insgesamt 1 Milliarde US-Dollar in Preisgeldern ausgespielt. Das Prestige-Projekt, initiiert von FIFA-Boss Gianni Infantino, leidet allerdings bereits in der Vorbereitung unter vielseitigen Startschwierigkeiten. Die Probleme selbst aber auch ihre vermeintlichen Lösungen sind Symptome der kommerziellen und (sport-)politischen Entwicklungen des Fußballs. Das Turnier ist ein weiterer Höhepunkt in der stetigen Entfremdung des ursprünglich als Proletariatsport bezeichneten Fußballs von seinen Wurzeln.

Dass es im Profisport und insbesondere im Fußball um Geld geht, ist aber natürlich keine neue und exklusive Erkenntnis. Die Millionensummen für Transfers, Berater*innen und Gehälter steigen seit Jahren kontinuierlich von Sommerpause zu Sommerpause. Mittlerweile lassen sich bloße Gerüchte über Vereinswechsel von Trainer*innen und Spieler*innen von sogenannten Transferjournalist*innen kapitalisieren. Was sind die treibenden Kräfte dahinter und welche gesellschaftlichen und politischen Implikationen

bringt die Hyper-Kommerzialisierung des Fußballs mit seiner globalen Reichweite mit sich? Einziger Gegenpol zur Priorisierung der Fußballfunktionär*innen von wirtschaftlichen gegenüber sportlichen und kulturellen Faktoren, so die These dieser Analyse, sind die Konsumenten, also die Fans, selbst.

Vermarktung übertrumpft sportlichen Wettkampf

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Bedenken stehen beim Sport immer die Medienrechte. Von außen wirkt es fast so, als könne ohne sie kein Fußballspiel oder -turnier angepfiffen werden. Für die Übertragungsrechte der Bundesliga der Spielzeit 2025/26 bis 2028/29 musste sogar die Deutsche Institution für Schiedsgerichtbarkeit (DIS) ins Vergabeverfahren eingreifen und ließ eine Neuausschreibung veranlassen (*Bundesliga Rechte*, 2024). Umso erstaunlicher ist es, dass die FIFA lange Zeit keinen Medienpartner für die Klub-WM präsentieren konnte. Mit DAZN fand sich dann Ende 2024 doch noch ein Streaming-Dienst, der alle



Lukas Fender

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Nationale Parteienverbote im europäischen Kontext

Thorsten Winkelmann und Nico Ahles

1. Politischer Extremismus und nationale Parteienverbote

„Antithese konstitutioneller Demokratie“ (Backes/Jesse 1989: 18) – so lässt sich (partei-) politischer Extremismus definieren. Er ist darauf ausgerichtet, bestimmte Prinzipien der offenen Gesellschaft wie die Universalität der Menschenrechte, die Fundamentalgleichheit aller, die Gewaltenteilung oder die Volkssouveränität einzuschränken oder gar abzuschaffen. Als Sammelbezeichnung werden hier unterschiedliche Phänomene zusammengefasst, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen (vgl. Mannewitz et al. 2018: 17ff.). Dieses Verständnis schließt einen exklusiven Wahrheitsanspruch ein, der wahlweise in sozial-darwinistischen oder historisch-materialistischen Theoremen oder in der Verabsolutierung bestimmter Textpassagen auch als unantastbar angesehenen Büchern liegen kann. Hieraus resultiert eine fanatische Entschlossenheit, die das staatliche Gewaltmonopol herausfordert, gegenwärtig gültige Staatsgrenzen mitunter infrage stellt und die

bestehenden gesellschaftlichen Organisationsformen umstürzen will. Dabei wird politischer Extremismus nicht erst dann zum Problem, wenn er Herrschaft in Form von autokratischen Regimetypen ausübt oder Gewalt in psychischer und/oder physischer Form anwendet. Vielmehr begünstigt bereits die Existenz systemfeindlicher Akteure eine Radikalisierung gesellschaftlicher Diskurse. Dadurch werden einerseits die für demokratische Herrschaftsformen so existenziellen Kompromissfindungen erschwert. Andererseits höhlen derartige Bestrebungen die bestehende Ordnung aus, weil sie Feindbilder generieren, Menschen gegeneinander aufwiegeln, Hass verbreiten, im Einzelfall zur Gewalt aufrufen und generell eine konfliktanheizende Eskalationsspirale in Gang setzen. Dies gilt nicht nur in Deutschland, sondern in allen (europäischen) Demokratien.

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als wehrhafte Demokratie. Zentrale Grundsätze wie eine bundes- und rechtsstaatliche Ordnung mit garantiertem Schutz des Einzelnen und seiner Würde sind durch keine wie auch immer geartete Mehrheit veränderbar (Art. 79 Abs. 3). Da ihr innerster Kern nicht



PD Dr. Thorsten Winkelmann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Nico Ahles

Student im Masterstudiengang Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Trumponomics – wirtschaftliche Herausforderungen für Deutschland und Europa

Thieß Petersen

Der Amtsantritt des 47. US-Präsidenten im Januar 2025 ist mit einer spürbaren Veränderung der internationalen Arbeitsteilung verbunden. Auch wenn Donald Trump immer wieder mit überraschenden Wendungen bei seinen politischen Entscheidungen für Unsicherheit sorgt, war bereits vor Amtsantritt klar, dass die im Rahmen der „America first“-Strategie verfolgte Wirtschaftspolitik exportorientierten Volkswirtschaften wie Deutschland erhebliche Probleme bereiten wird. Seine am 2. April 2025, der von ihm selbst als „Liberation Day“ bezeichnet wird, verkündeten Zölle setzen die gesamte Weltwirtschaft unter Druck. Allerdings schadet die amerikanische Zollpolitik auch den USA. Deutschland und Europa sollten rasch abgestimmte wirtschaftspolitische Antworten finden und umsetzen, um die eigenen ökonomischen Schäden möglichst gering zu halten.

Motive für Importzölle der USA

Bereits im Wahlkampf hatte Donald Trump höhere Zölle auf ausländische Produkte angekündigt. Vor allem China, der mittlerweile größte Exporteur der Welt, ist Ziel seiner protektionistischen Politik. Aber auch Deutschland und die EU, die beide mehr in die USA exportieren als sie von dort importieren, sind ihm ein Dorn im Auge. Die Logik, die Trump mit seiner Zollpolitik verfolgt, ist nicht eindeutig. Neben einer wirtschaftspolitischen Motivation scheint es auch geopolitische Gründe für diese Außenhandelspolitik zu geben.

Die wirtschaftspolitische Begründung für die Zölle auf ausländische Produkte ist vor allem die Erwartung, dadurch die Produktion und Beschäftigung in den USA zu steigern und gleichzeitig das amerikanische Handelsbilanzdefizit zu reduzieren. Wenn die USA einen Importzoll auf chinesische Waren erheben, werden diese Produkte in den USA teurer. Das macht vergleichbare amerikanische Angebote



Dr. Thieß Petersen

Senior Advisor im Programm „Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft“ bei der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh

Der autoritäre Umbau: Donald Trumps zweite Amtszeit und die Erosion der US-Demokratie

Philipp Adorf

Zusammenfassung

Donald Trumps zweite Amtszeit markiert eine drastische Verschiebung hin zu einem kompetitiven Autoritarismus. Trump baut die eigene Macht aus, regiert am Kongress vorbei, ignoriert Gerichtsurteile und beschneidet Kompetenzen der Einzelstaaten. Die Republikanische Partei zeigt weitgehende Gefolgschaft, während oppositionelle Kräfte vor allem auf einzelstaatlicher Ebene agieren. Der demokratische Verfall äußert sich in institutioneller Aushöhlung, politischer Einschüchterung und wachsender Zustimmung für autoritäre Regierungsformen innerhalb der republikanischen Wählerschaft. Die US-Demokratie steht vor einem fundamentalen Stresstest.

Einleitung

Donald Trump hat die Ankündigungen seiner Wahlkampagne wahr gemacht – in einer Konsequenz, die in der jüngeren Geschichte der amerikanischen Demokratie beispiellos ist. Schon im Präsidentschaftswahlkampf 2024 ließ sich erkennen, dass er entschlossen war, die Vereinigten Staaten auf einen autoritäreren Kurs zu bringen. Die ersten Monate seiner zweiten Amtszeit haben diese Befürchtungen nicht nur bestätigt, sondern übertroffen. Mit einer regelrechten Flut von Exekutivdekreten, der gezielten Schwächung staatlicher Institutionen und der systematischen Entmachtung missliebiger Behördenleitungen hat Trump die Exekutive zur zentralen Triebkraft eines tiefgreifenden Staatsumbaus gemacht. Die institutionellen Schranken der Gewaltenteilung werden dabei nicht mehr umgangen, sondern frontal attackiert. Juristischer Widerstand oder föderale Gegengewichte werden offen ignoriert oder durch



Dr. Philipp Adorf

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Politische Bildung nach dem 07. Oktober 2023 – Antisemitismus, Geschichte, Israel

Hagen Schmitz

Zusammenfassung

Der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur für jüdisches Leben weltweit und stellt politische Bildung vor neue Herausforderungen. Der Beitrag analysiert die aktuelle gesellschaftliche und diskursive Konstellation nach diesem Ereignis in drei Schritten: Erstens wird eine empirische Momentaufnahme der politischen Kultur nach dem 7. Oktober skizziert, die die Labilität scheinbarer normativer Gewissheiten der postnationalsozialistischen Gesellschaft belegt. Zweitens werden korrespondierende Kontroversen zu Antisemitismus, Geschichte und Israel analysiert. Drittens wird eine Perspektive skizziert, die Aufgaben einer kritischen politischen Bildung unter Bedingungen doppelter Verunsicherung zu bestimmen versucht¹.

Der 7. Oktober 2023 markiert eine tiefgreifende Zäsur. Das Massaker der antisemitischen Hamas in Israel, das Echo des Terrorangriffs in der Öffentlichkeit und die nachfolgenden gesellschaftlichen, wie politischen Reaktionen haben nicht nur jüdische Menschen in Deutschland in tiefe Verunsicherung gestürzt. Sichtbar wird die Instabilität normativer Orientierungsmuster in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Für politische Bildung stellen sich seither Grundsatzfragen in zugespitzter Form: Wie ist mit den offenen Konflikten um Antisemitismus, Erinnerung und Israel umzugehen? Wie können gleichzeitig rassistische Diskriminierung *und* antisemitische Projektionen zurückgewiesen und bearbeitet werden? Wie steht es um den Anspruch, politische Bildung sowohl diversitätssensibel, diskriminierungskritisch und inklusiv als auch ideologiekritisch zu gestalten (Achour/Schmitz 2025)?



Hagen Schmitz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft,
Arbeitsschwerpunkt Politikdidaktik und Politische Bildung

Politische Partizipation junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – die Bedeutung von politischer Bildung und Diskriminierungserfahrungen

Nora Storz

Zusammenfassung

Junge migrantisch wahrgenommene Menschen in Deutschland sind seltener politisch aktiv (11 %) als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte (40 %). Die Sorge vor Rassismus und Diskriminierung sowie eine z. T. als nicht ausreichend wahrgenommene politische Schulbildung stellen Hürden der Beteiligung dar. Der Beitrag schließt mit Empfehlungen für die Praxis.

1. Einleitung¹

Die deutsche Gesellschaft wird immer diverser, besonders in der jungen Generation: Während der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund² an der Gesamtbevölkerung in Deutschland im Jahr 2023 bei knapp 30 Prozent lag, lag er bei Menschen zwischen 15 und 34 Jahren bei etwa 38 Prozent. Dies wird auch in der Politik gesehen. Laut Bundesfamilienministerin der 20. Legislaturperiode, Lisa Paus, ist „[d]ie heutige junge Generation in Deutschland [...] die diverseste, die es je gab“ (BMFSFJ 2024). Allerdings wird das Potenzial, das diese Zahlen bergen, in der Politik bislang nur geringfügig genutzt: Deutsche mit Migrationshintergrund sind insgesamt seltener politisch beteiligt und sind in der politischen Vertretung unterrepräsentiert. So nehmen sie seltener an Wahlen teil als Deutsche ohne Migrationshintergrund, sind



Dr. Nora Storz

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), Berlin

Photo Credits: „SVR | Michael Setzpfandt

Progressive NGOs in der Kneifzange aus autoritärer Politik und multiplen Krisen

Eine historisch-kritische Perspektive auf ein schillerndes Phänomen

Ulrich Brand und Achim Brunnengräber

Zusammenfassung

Für NGOs (Non-Governmental-Organizations, Nicht-Regierungs-Organisationen) ist es heute viel schwieriger als in den 1990er Jahren, breit zu mobilisieren und öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren. Zum einen haben sich in Zeiten von Geopolitik und Kriegen die politischen Prioritäten und die öffentliche Aufmerksamkeit verschoben. Zum anderen weht ihnen bei ihrem Engagement in autoritären Regimen ein kräftiger Wind entgegen. Aber nicht nur dort, auch in westlichen Demokratien sind sie unter Druck geraten. Der Beitrag geht den Fragen nach, wie diese Entwicklung genauer verstanden werden kann, welche gesellschaftliche Rolle NGOs auf nationaler und internationaler Ebene haben und welche Gründe für den neueren, relativen Verlust ihrer Bedeutung und ihres Einflusses vorliegen.

Einleitung

In Zeiten von Re-Nationalisierung, Autoritarismus und neuer Geopolitik stoßen NGOs heute mehr denn je an einflusspolitische Grenzen. In immer mehr Ländern werden NGOs gegängelt, kontrolliert oder erheblichen Repressalien ausgesetzt. Was Ernst U. von Weizsäcker vor langer Zeit forderte, dass sich NGOs nicht von Staaten und insbesondere nicht von den USA am Nasenring durch die Arena führen lassen sollen (von Weizsäcker 2011), erscheint heute in einem anderen Licht. Je progressiver NGOs auftreten, desto mehr befinden sie sich in einer kraftvollen Kneifzange



Prof. Dr. Ulrich Brand

Politikwissenschaftler, Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien



PD Achim Brunnengräber

Privatdozent der FU Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Was fairen Handel wirklich ausmacht

Trumps „Zollpolitik“ als Nachhaltigkeitspush für Europa nutzen

Reinhard Loske¹

Das wirre Hin und Her der Trumpschen „Zollpolitik“ der letzten Wochen und Monate hat in Europa und anderen Teilen der Welt die Alarmglocken schrillen lassen und zugleich eine Fülle von vermeintlichen oder tatsächlichen Wirtschaftsexperten auf den Plan gerufen, die wissen, was jetzt zu tun ist, um den „freien Welthandel“ zu retten und dem Isolationisten im Weißen Haus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Da melden sich zum einen die Forschen zu Wort, die als Antwort auf Trumps Drohungen für starke Gegenmaßnahmen plädieren, etwa gleichartige Zölle auf verschiedene US-Produkte oder eine europäische Digitalsteuer auf alle Produkte der US-Tech-Konzerne. Ihr Vorwurf: Trump bringe die Weltwirtschaft ins Straucheln und gefährde den Wohlstand, weshalb endlich etwas gegen seine Allmachtsphantasien zu unternehmen sei. Auf Druck werde der Deal Maker schon reagieren und dann einsehen, wie groß die Vorzüge des freien Welthandels doch für alle seien.

Den zur strammen Gegenwehr Bereiten stehen die Beschwichtiger gegenüber, die Trump mit Entgegenkommen besänftigen wollen. So kursiert in industrieorientierten Kreisen die Vorstellung, Europa benötige im Zuge der »grünen Transformation« nun einmal gewaltige Mengen an Flüssiggas (LNG). Und da füge es sich doch vortrefflich, dass die USA reichlich von dem Stoff hätten und ihn auch gerne in alle Welt exportieren wollten. Trumps Argument, Europa importiere zu wenig aus den Vereinigten Staaten, ließe sich – so die Hoffnung – hierdurch zu einem guten Teil ausräumen. Gleichzeitig wird von dieser Seite empfohlen, mehr Agrarimporte, etwa von Rindfleisch und Futtermitteln aus den Vereinigten Staaten in die EU zuzulassen und dabei von den hohen europäischen Schutzstandards (etwa bzgl. gentechnisch veränderter Pflanzen oder dem Einsatz von Hormonen in der Tiermast) abzulassen.



Prof. Dr. Reinhard Loske

Reinhard Loske, Senator a.D. der Freien Hansestadt Bremen, ist Professor an der Universität Witten/Herdecke sowie Vorstandsmitglied des Berliner Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung und der Stockholmer Right Livelihood Foundation

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) braucht Demokratietheorie!

Christian Fischer

1. Was ist das Problem?

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ist eine Bildungskonzeption, die sich an der Leitfrage ausrichtet, wie die Bedürfnisse der Menschen in der Gegenwart so befriedigt werden können, dass auch für zukünftige Generationen die Chance auf ein bedürfnisgerechtes Leben gewahrt bleibt. Es geht um die Ermöglichung eines guten Lebens in Gegenwart und Zukunft. Das Problem, das ich in diesem Beitrag thematisieren möchte, ist, dass „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) die politische Auseinandersetzung um Wege zur Nachhaltigkeit bisher nicht unter dem Fokus verschiedener Demokratievorstellungen reflektiert. Das verwundert, weil es im Streit um eine nachhaltige Entwicklung eben auch um die Frage geht, wie verbindliche Entscheidungen getroffen werden sollen. Diese Frage berührt unmittelbar die Ausdeutung oder gar Umgestaltung unserer Demokratie, womit ein immenses Konfliktpotenzial verbunden ist.

Entsprechende Maßnahmen oder Vorschläge, nach denen unsere demokratische Ordnung für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ausgestaltet oder verändert werden soll, können schnell für Streit sorgen. In der Regel sind es hierbei nicht demokratische und undemokratische Vorstellungen, die miteinander kollidieren, sondern unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie. Der Bezug auf Demokratietheorie kann helfen, hier Klärungen vorzunehmen und Prozesse der politischen Urteilsbildung zu unterstützen.



Dr. Christian Fischer

Lehrer für Sozialkunde und Geschichte, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt, Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Politische Selbst-Bildung

Fachdidaktische Überlegungen zur Aktualisierung der Subjektorientierung

Nicola Nagy und Dirk Lange

Politische Bildung hat die Aufgabe, Lernende nicht nur als passive Wissensempfänger:innen, sondern als aktive Subjekte ihrer eigenen Bildungsprozesse ernst zu nehmen. In der Fachdidaktik hat sich dafür unter anderem der Begriff der Subjekt- bzw. Schüler:innenorientierung etabliert, mit dem Ziel, Lernumgebungen zu gestalten, in denen subjektive, alltagsweltliche Erfahrungen, Fragen und Perspektiven der Lernenden Ausgangspunkt und Motor des Lernens sind. Subjektorientierung zielt darauf, Lernende in ihrer Fähigkeit zu stärken, gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen, eigene Positionen zu reflektieren, weiterzuentwickeln und sich als politisch handlungsfähige Subjekte wahrzunehmen. Dies schließt die Anerkennung von Vielfalt und Differenz ebenso ein wie die Förderung von Reflexivität.

Der praktisch-didaktische Nutzen der Subjektorientierung ist untrennbar mit grundlegenden konzeptuellen Fragen zum Subjektbegriff verbunden, denn natürlich bestimmt unser Verständnis von dem, was das Subjekt ausmacht, auch die Art und Weise, wie wir uns am Subjekt orientieren. Subjektbegriffe werden in der Fachdidaktik traditionell eher indirekt verhandelt. Rolf Schmiederer prägte in den 1970er Jahren den emanzipatorischen Anspruch der Subjektorientierung mit dem Fokus darauf, gesellschaftliche Abhängigkeiten, Macht- und Herrschaftsverhältnisse sichtbar und bearbeitbar zu machen. Sein Konzept beruht (indirekt) auf der Vorstellung einer



Nicola Nagy

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Wien,
Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung



Prof. Dr. Dirk Lange

Professor am Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung
an der Universität Wien und Direktor des Demokratiezentrams
Wien sowie Professor am Institut für Politikwissenschaft und
Direktor des Instituts für Didaktik der Demokratie an der
Leibniz Universität Hannover